

Neues Gesetz baut auf Mieter und Häuslbauer

Wohnbauförderungsgesetz des Landes wird komplett erneuert. Aus für extreme Mietsprünge im 21. Jahr, Hilfe für Sanierungen.

Von **Andrea Bergmann**

Die Kärntner werden immer älter, leben häufiger in Ein-Personen-Haushalten (plus 23 Prozent bis zum Jahr 2030), brauchen vermehrt barrierefreie Wohnungen oder erleben Brüche in der Berufslaufbahn samt finanziellen Einbußen.



Auf all diese Bereiche und die Kritik des Landesrechnungshofes soll das komplett neu geschriebene Wohnbauförderungsgesetz des Landes eingehen. Ein Diskussionsentwurf von Landeshauptmann-Stellvertreterin Gaby Schaugig (SPÖ) liegt vor, muss jetzt

in Verhandlungen in der Dreierkoalition abgestimmt werden – und soll nach Möglichkeit ab Mitte 2017 in Kraft treten.

Für Mieter im gemeinnützigen Wohnbau soll es gravierende Änderungen geben. Gab es bisher drastische Mieterhöhungen im 21. Jahr (gemäß Bundesgesetz als Erhaltungs- und Verbesserungsbeitrag), so soll es mit dem neuen Landesgesetz eine leicht erhöhte Anfangsmiete (3,50 Euro je Quadratmeter statt 2,89) geben, eine gleichmäßige Mietentwicklung (Valorisierung) und im 21. Jahr eine Mietabsenkung, um die Erhaltungsbeiträge abzufedern. Sprunghafte Steigerungen sollen so ausbleiben, sagt Schaugig. Zusatzeffekt: je günstiger der gemeinnützige Wohnbau, umso höher der Druck auf private Vermieter. Neu: Eigenmittelerstatt-Darlehen werden auch für Nachmieter möglich.

Für Sanierungen soll es einen Einmalzuschuss vom Land oder ein Sanierungsdarlehen geben. Jetziges Problem: Ältere Menschen trauen sich keinen Kredit zu oder bekommen keinen von

der Bank. Junge Familien brauchen den Bankkredit für den Haus-/Wohnungskauf, wollen aber auch sanieren. Größere Altbauobjekte sollen durch Lifteinbauten und Balkonanbauten attraktiver werden.

Für Private mit großen Häusern soll es vom Land Expertenberatung geben für die Frage: Wohnungseinbau, Vermietung, Mietvertrag. Für den Umbau selbst gibt es eine Förderung vom Land. In Landregionen wären das Chancen für Wohnungen für junge Leute.

Fürs Zusammenleben in größeren Wohnanlagen sollen per Wohnbauförderungsgesetz „Kümmerer“ eingesetzt werden: Betreuer, die Nachbarschaftshilfe initiieren.

Für Energie-Effizienz soll das neue Wohnbauförderungsgesetz Entschärfung bringen. Die Vorgaben jetzt sind schärfer als in den Bauvorschriften – und neben den niederen Kreditzinsen am Bankensektor mit ein Grund, weshalb immer weniger Private die Wohnbauförderung des Landes nützen.

KHD Kärntner Heimatdienst KHD

Kärntner Konsensgruppe

Aussprache mit den Repräsentanten der Islamischen Religionsgemeinde

Kürzlich fand ein erstes Kontaktgespräch von Mitgliedern der Kärntner Konsensgruppe, vertreten durch KHD-Obmann **Josef Feldner**, dem Obmann des Zentralverbandes slowenischer Organisationen (**ZSO Marjan Sturm**) sowie dessen Jugendvertreter **Manuel Jug** mit dem Vorsitzenden der „Islamischen Religionsgemeinde Kärnten“ (IGGiÖ) **Esad Memić**, dessen Generalsekretär, dem Ersten Imam und Generalsekretär des Bosniakischen Verbandes IZBA **Hasudin Atanović** sowie dem Projektleiter des muslimischen Sozialdienstes **Emir Memić** statt.

Einleitend begründete **Josef Feldner** die KHD-Forderung nach einem Stopp der illegalen Massenzuwanderung, die nicht Asyl gemäß Flüchtlingskonvention und auch nicht eine vertretbare legale Zuwanderung einschließe. Der KHD trete auch für einen interkulturellen Dialog ohne Vorbedingungen mit Muslimen ein.

ZSO-Obmann **Marjan Sturm** betonte die Notwendigkeit einer Überwindung tiefenkultureller Traumata durch allseitigen Dialog. Übereinstimmend wiesen Sturm und Feldner auf ihre Erfahrungen eines Nichtdialoges hin und wollen diese Erfahrungen auch in den Dialog mit Muslimen einbringen.

Der IGGiÖ-Vorsitzende Kärntens **Esad Memić** bezeichnete die Bedeutung der Integration von Flüchtlingen als große Chance, um die Abwanderung aus unserem Bundesland zu stoppen. Engagiert trete die Islamische Religionsgemeinde in Kärnten für ein friedliches Miteinander und Füreinander der Kulturen, für einen Islam österreichischer Prägung und für einen offenen und seriösen Religionsunterricht gegen Radikalisierung ein.



APA, WODICKA

„Künftig gibt es leicht erhöhte Anfangsmieten, dann aber eine gleichmäßige Mietentwicklung ohne sprunghafte Steigerungen.“

Gaby Schaugig,
Wohnbaureferentin

“